

Armeechef fällt mit Äusserungen in den Medien auf Seite 12

Wirtschaftskrise wirkt sich auf Transitverkehr aus Seite 13

Die Mühlen der Justiz mahlen immer schneller Seite 13

Lucens – Abtauchen in die Arche der Vergänglichkeit Seite 15

Neue Debatte um eine Regierungsreform

Die FDP verlangt ein zweijähriges Bundespräsidium – die alte Idee scheint in fast allen Parteien mehrheitsfähig zu werden

Bundesrat und Parteien arbeiten an Vorschlägen für eine Staatsleitungsreform. An Ideen mangelt es nicht; mehrheitsfähig dürfte vorab eine Stärkung des Bundespräsidiums sein.

Niklaus Nuspliger, Bern

Kritik am Bundesrat gehört derzeit fast schon zum guten Ton. Nicht nur stehen die Bundesratsmitglieder unter medialem Dauerbeschuss, auch Fragen zum seit 1848 institutionell fast unveränderten Gremium werden thematisiert. In einem mediatisierten und globalisierten Umfeld mangle es dem mit Departementsgeschäften überlasteten Bundesrat an strategischem Weitblick, wird beklagt. Ferner fehle es an inhaltlicher und kommunikativer Kohärenz sowie an Leadership – gerade in Krisenzeiten. Und schlecht stehe es auch um die Legitimation der Bundesräte, deren Wahl durch das Parlament bisweilen nach wochenlangen Ränkespielen erfolgt.

Stärkung des Präsidiums

Reformvorschläge liegen seit Jahren in den Schubladen, manche erwachen nun zu neuer Blüte: Ein Gemisch aus UBS-Affäre, Konkordanz-Krise und aussenpolitischen Rückschlägen legt Handlungsbedarf nahe. Zudem stellt der Bundesrat in Kürze selbst eine Staatsleitungsreform vor: Im Zentrum dürfte die Neustrukturierung der Departemente – namentlich die Schaffung eines Bildungsdepartements – stehen. Auch die Parteien bewirtschaften das Thema: Die SVP sammelt Unterschriften für die Initiative zur «Volkswahl des Bundesrats». Die Grünen präsentierten letzte Woche einen Strauss von Forderungen. CVP und SP arbeiten an Positionspapieren. Und am Montag präsentierte die FDP ihre Vorschläge vor den Medien.

Hoch im Kurs ist die Forderung nach einer Stärkung des Bundespräsidiums; bloss die SVP lehnt sie ab. Anstelle des heutigen einjährigen Turnus fordern die



1974 im Bundesratszimmer, zu den scheinbar guten alten Zeiten von Brugger, Gnägi, Furgler und Hürlimann (vorn, v. l.). KEYSTONE

Grünen ein vierjähriges Präsidium. Die FDP begnügt sich laut dem Solothurner Nationalrat Kurt Fluri mit einer Verlängerung auf zwei Jahre mit der Möglichkeit einer Wiederwahl durch das Parlament. Dieser Ansatz scheint politisch mehrheitsfähig: Zustimmung gibt es vom Urner Ständerat Hansheiri Inderkum, der für die CVP ein Positionspapier ausarbeitet, wie auch von SP-Generalsekretär Thomas Christen.

Erfahrungsgemäss steckt der Teufel im Detail. Laut Fluri müsste das Bundespräsidium mit einem Weisungsrecht ausgestattet werden. Dieses soll keine materiellen politischen Entscheide umfassen, doch soll der Bundespräsident strategische Geschäfte koordinieren

und seinen Kollegen Terminpläne aufzulegen können. Fluri spricht von einer «gelenkten Kollegialität». Gemäss FDP-Vorschlag soll nicht der Bundesrat, sondern die Parteien den Präsidenten vorschlagen. Das Präsidium soll ferner mit dem «weniger arbeitsintensiven» Aussendepartement verbunden werden, was auch Synergien für das internationale Networking ergäbe.

Vorbehalte meldet hierzu Inderkum an. Da die aussenpolitische Kontinuität gewährleistet bleiben müsse, spricht er sich eher für ein Präsidialdepartement aus. Und SP-Generalsekretär Christen gibt zu bedenken, dass ein Bundespräsident vorab auch im Inland präsent sein müsse. Christen fordert zudem ein Ro-

tationsprinzip unter den Parteien – damit auch die SP gelegentlich das Bundespräsidium bekleiden könnte.

Erweiterung des Bundesrats

Diskutiert wird auch, ob die Arbeitslast der Regierung auf mehr Schultern zu verteilen sei. 2001 liefen die Vergrösserung des Bundesrats wie auch die Schaffung von Ministern mit politischem Status im Parlament auf. Nun werden beide Vorschläge wieder aufgenommen. Eine Erweiterung des Bundesrats auf 9 Mitglieder fordern SP und Grüne. Laut Nationalrat Antonio Hodgers (gp., Genf) könnte so auch der Repräsentation der Geschlechter und Sprach-

gemeinschaften besser Rechnung getragen werden. Deren Berücksichtigung in Kombination mit der Parteizugehörigkeit schränke die Auswahl der Bundesversammlung bei Bundesratswahlen heute allzu stark ein.

FDP und CVP halten am Siebnergremium fest. Doch soll der Bundesrat laut Nationalrat Hugues Hiltbold (fdp., Genf) vermehrt Staatssekretäre ernennen, wie dies heute bereits möglich ist. CVP-Ständerat Inderkum denkt gar über neue, vom Parlament zu wählende Staatssekretäre nach, welche die Bundesräte in der Departementsführung, in Parlamentskommissionen und allenfalls auch im Ratsplenum entlasten könnten.

Neue Wahlverfahren

SVP-Generalsekretär Martin Baltisser hingegen führt die Schwäche des Bundesrats auf das Selbstverständnis der Bundesräte zurück, die ihre Departements-Interessen über jene der politischen Führung stellten. Darum setzt die SVP auf personelle Erneuerung durch die Volkswahl des Bundesrats – wobei dieser Schritt die politische Kohärenz im Gremium kaum fördern dürfte.

Mehr Kohärenz wäre wohl durch die Listenwahl des Bundesrats durch das Parlament zu erwarten, wie es die Grünen basierend auf einem früheren SVP-Vorschlag verlangen. Laut Hodgers soll die programmatische Listenwahl mit einer Amtszeitbeschränkung und einer möglichen Amtsenthebung kombiniert werden sowie mit der Pflicht der Bundesräte, erst am Ende einer Legislatur zurückzutreten. Dies soll die Bundesratswahlen berechenbarer machen. Die FDP hält am heutigen Wahlsystem fest, die CVP will laut Inderkum über eine Listenwahl diskutieren, die SP hat dazu noch keine konsolidierte Meinung.

An Ideen fehlt es nicht, doch nur wenige dürften die anlaufende Debatte und eine vertiefte Analyse der systemischen Auswirkungen auf das Institutions-Gefüge überleben. Und ein Weiteres lehrt die Erfahrung: Am Widerstand der zu reformierenden Institution ist schon manch guter Vorschlag zerschellt.

Italien setzt Druck auf im Visumstreit

Aussenminister Frattini in Tripolis

sig. · Italien lobbyiert im Konflikt zwischen der Schweiz und Libyen ziemlich offen für das nordafrikanische Land. Nach einem Besuch bei seinem Amtskollegen Mousa Kousa setzte Aussenminister Franco Frattini am Montag den beiden Ländern eigenmächtig eine Frist bis am 5. April zur Beendigung des Visumstreits. Bern hatte fast 200 Personen des libyschen Machtapparats den Zugang zu Schengen-Visa versagt. Tripolis verfügte darauf eine Einreisesperre für 25 EU-Staaten.

Sollten die Länder ihre Visumpolitik beibehalten, werde Italien eine Änderung der Schengen-Regeln fordern, damit Libyer Mehrfach-Visa für einen Teil der Mitgliedstaaten erhielten, sagte Frattini laut der Nachrichtenagentur Ansa. Er werde den Vorstoss am 22. März dem EU-Aussenministerrat unterbreiten. Spanien, Portugal und Malta sollen ihn unterstützen. Bisher hatten die EU-Staaten (ausser Italien und Malta) eine andere Politik verfolgt: Allfällige Änderungen an den Schengen-Regeln sollen erst erfolgen, wenn diese Affäre ausgestanden ist.

Libyen versucht derweil mit allen Mitteln, weiter Druck aufzusetzen. In einem Interview mit der Agentur Reuters drohte der Chef der staatlichen libyschen Energiefirma NOC, Shokri Ghanem, mit einer Benachteiligung europäischer Investoren im Ölsektor.

Neues Gesetz für Hund und Meister

Der Ständerat spricht sich gegen weiter gehende kantonale Hundegesetze aus

Ein eidgenössisches Gesetz soll den Umgang mit Hunden regeln, und zwar abschliessend. Weiter gehende kantonale Vorschriften will der Ständerat nicht zulassen.

fon. Bern · Seit Jahren beschäftigt sich das eidgenössische Parlament mit der Frage, wie der Umgang mit als gefährlich taxierten Hunden geregelt werden soll. Während die Bundesparlamentarier diskutierten, Anhörungen durchführten und Gesetzesentwürfe wälzten, wurden in vielen Kantonen die Hundegesetze verschärft, zum Teil auf dem Weg einer Volksabstimmung. So statuierten etliche Kantone den Leinen- und Maulkorbzwang, andere verlangen eine Bewilligung für die Haltung potenziell gefährlicher Hunde, wieder andere – wie etwa Zürich – führen Listen mit verbotenen Rassen.

Asylheime für Hunde

Dieser kantonale Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen soll nun durch ein schweizweit geltendes Hundegesetz ersetzt werden. Der Nationalrat hatte im vergangenen Sommer einer entsprechenden, von seiner Kommission ausgearbeiteten Vorlage zugestimmt. Am Montag hat auch der Ständerat das Hundegesetz unterstützt. Es sei absurd,

dass ein Hundehalter bei einer die Kantongrenzen überschreitenden Wanderung die jeweiligen Vorschriften kennen müsse, argumentierte Kommissionssprecher Theo Maissen (Graubünden, cvp.). Andere Redner kritisierten, dass immer mehr Hundehalter zwecks Spaziergang mit ihrem Vierbeiner in einen weniger strengen Kanton ausweichen und dass es bereits erste Asylheime für Hunde gebe, deren Haltung in gewissen Kantonen neuerdings verboten sei.

Anders als der Nationalrat verlangt der Ständerat allerdings, dass das neue eidgenössische Hundegesetz abschliessend gilt. Die Kantone sollen keine weiter gehenden Vorschriften erlassen dürfen – all jene Kantone, die in den letzten Jahren schärfere Bestimmungen eingeführt haben, müssten diese folglich wieder aufgeben. Eine von Geraldine Savary (Waadt, sp.) angeführte Minderheit stellte sich gegen dieses Vorhaben. Der Bund solle sich auf eine minimale Harmonisierung beschränken, wie etwa beim Passivrauchen. Der Genfer Grüne Robert Cramer monierte, dass das angepeilte Bundesgesetz deutlich weniger restriktiv sei als etliche kantonale Regelungen und das Schutzniveau damit absenke.

Kommissionssprecher Theo Maissen räumte ein, dass die nachträgliche Intervention des Bundes zwar ungeschön sei. Doch habe sich eine Mehrheit der Kantone für eine gesamtschweizerisch ein-

heitliche Lösung ausgesprochen und weiter gehende kantonale Vorschriften abgelehnt. Zudem habe ein nationales Hundegesetz nur dann Sinn, wenn es daneben nicht noch 26 kantonale Regelungen gebe. Bundespräsidentin Doris Leuthard schloss sich dieser Auffassung an: Da die Kantone ihre Kompetenzen an den Bund abtreten möchten, brauche es eine schweizweit einheitliche Lösung – andernfalls bringe das neue Hundegesetz, das immerhin eine Verfassungsabstimmung erfordere, keinen Mehrwert. Der Rat folgte dieser Meinung mit 23 zu 19 Stimmen.

«Gefährliche Hundetypen»

Der Ständerat nahm daneben noch weitere Änderungen an der Vorlage vor. So verlangt er, dass der Bundesrat die «potenziell gefährlichen Hundetypen» definiert und für sie eine Haltebewilligung vorschreibt. Auch hat er das Verbot, Hunde im öffentlichen Raum unbeaufsichtigt laufen zu lassen, gestrichen. Einig sind sich die Räte, dass an sensiblen Orten wie Schulanlagen eine Leinenpflicht bestehe. Weiter sieht die Vorlage die bereits im Tierschutzrecht vorgesehene Pflicht zum Besuch von Hundekursen vor. In der Gesamtabstimmung wurde das Hundegesetz mit 21 zu 12 Stimmen bei 6 Enthaltungen gutgeheissen. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat.

Kritik am Polizeiaufgabengesetz

«Zu viel Ermessensspielraum»

(sda) · Das neue Polizeiaufgabengesetz wird in der Vernehmlassung massiv kritisiert. Der Erlass, der die Polizeiaufgaben unter einem Dach bündeln sollte, sei zu schwammig formuliert, gebe den Akteuren zu grossen Ermessensspielraum und gefährde die Grundrechte, lautet der Grundtenor der Kritik, so der Schweizerischen Datenschutz und von Amnesty International. Besonders stören sich die Kritiker daran, dass zum Zweck der «Erkennung und Bekämpfung des organisierten Verbrechens» Daten von Personen gesammelt werden dürfen, ohne deren Wissen, ohne konkrete Strafverfolgung oder Tatverdacht.

Die Idee, im neuen Polizeiaufgabengesetz geltendes Recht unter ein Dach zu bringen, wird von Parteien und Polizeidirektoren begrüsst. Das sei indes nicht gelungen; nach wie vor werde auf Spezialgesetze verwiesen, schreibt beispielsweise die FDP. Die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) bedauert, dass die polizeilichen Aufgaben des Grenzschutzkorps im neuen Gesetz ausgeklammert werden. Während sich die Stellungnahme der SP um eine Woche verzögert, lehnt die SVP das neue Gesetz ab, weil es dem Beitritt zu internationalen polizeilichen Organisationen Tor und Tür öffne. Einzig die CVP begrüsst das Gesetz, das zu mehr Transparenz und einer besseren Übersicht führe.